

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Straßband 4,50 M. Die 'Freiheit' ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsredaktion: Kurt Roden 2895 und 2896.

Inhaltsstoffe des achtseitigen Doppelzettels oder deren Raum 50 Pf., Kleinsatzungen des achtseitigen Zettels oder deren Raum 20 Pf. Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Versammlungsangelegenheiten fällt der Zuschlag fort. Invertraulichkeit für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Verlagsredaktion: Kurt Roden 2895.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Einigung in der Metallindustrie.

Das Mitbestimmungsrecht.

Die Einigungsverhandlungen des Verbandes Berliner Metallindustriellen mit den Vertretern der streikenden Angestellten haben unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer heute in den ersten Morgenstunden zu einem positiven Ergebnis geführt, das wohl die Zustimmung der Coblenzerversammlung finden wird. Es war aus dem Verlauf der Verhandlungen unverkennbar, daß der gewaltige Druck des Angestelltenstreiks schließlich doch sowohl auf die etwas hart gefesteten Metallindustriellen, wie auch auf die Regierung nicht ohne nachteilige Wirkung geblieben war. Das Ergebnis ist für die Angestellten von hoher Bedeutung, da nun prinzipiell für Ründigungen und Entlassungen, aber auch für Einstellungen das Mitbestimmungsrecht des Angestelltenausschusses gesichert ist. Die Verhandlungsführer der Angestellten haben auch gestern den Beweis erbracht, daß die gleichberechtigte Mitwirkung des Angestelltenausschusses durchaus auch im Interesse des Betriebes gelegen ist und hier eine Grundlage geschaffen ist, um so die Angestellten überhaupt mit zu Trägern der Produktion zu machen. Der Versuch der Metallindustriellen, das Mitbestimmungsrecht dadurch wieder illusorisch zu machen, daß es nur auf Angestellte unter 10 000 M. Einkommen Anwendung finden soll, ist in dieser Nachsicht an den durchschlagenden Gegenargumenten der Angestelltenführer völlig gescheitert. Die jetzt noch zulässigen Ausnahmen beschränken sich lediglich auf Direktoren, Generalbevollmächtigte und andere leitende Angestellte, die eben ausgesprochene Unternehmerinteressen gegenüber dem Personal zu vertreten haben. Für die große Masse der Angestellten ist jedoch der Willkürherrschaft bei Einstellungen ein Abriegelungsvorbehalt vorgeschoben worden. Für die Durchführung dieser Mitwirkung bei Einstellungen haben es die Angestellten durchgesetzt, daß ein Weg gewählt wurde, der kürzlich anläßlich des Generalstreiks im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau für die Wirksamkeit der dortigen Betriebsräte gefunden worden war. Danach wird künftig leitend des Angestelltenausschusses ein besonderer Vertrauensmann bestimmt, der über ein gewisses Maß von Entscheidungsbefugnis im Betriebe selbst verfügt und unbedingt vertrauenswürdig gilt, um nachdem ihm vom Ausschuss erteilten Richtlinien alle Neueinstellungen zu prüfen. Wird über den Einspruch des Angestelltenausschusses eine Einigung nicht erzielt, so kann innerhalb drei Tagen der zuständige Schlichtungsausschuss angerufen werden. Die grundsätzliche Wendung der bisher gültigen Betriebsorganisation der Industrie ist darin zu sehen, daß der Unternehmer nicht mehr allein über die Zusammenfassung seiner Arbeitskräfte zu bestimmen hat. Damit ist der Weg zum konstitutionellen Fabrikssystem beschriftet und die streikenden Angestellten dürfen das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, Vorkämpfer einer demokratischen Betriebsverfassung gewesen zu sein.

Auch hinsichtlich der Mitbestimmung bei Ründigungen ist die von Unannehmlichkeiten solange beharrlich vertretene Beschränkung des Personenkreises durch Befestigung einer Gehaltsgrenze abgelehnt und die bereits erwähnte und für Einstellungen gültige Umgrenzung des Angestelltenbegriffes gewählt worden. Wesentlich ist es ferner, daß die Firma verpflichtet ist, dem Ausschuss vor dem Ausspruch der Ründigung Kenntnis zu geben. Darin liegt die Sicherung einer tatsächlichen Einwirkung auf die Entscheidungen der Firma, die ihren hohen Wert haben wird, auch wenn es bei diesem ersten Vorstoß der Angestellten noch nicht möglich gewesen ist, dem Einspruch eine unmittelbare aufhebende rechtliche Wirkung zu geben. Für die Fälle der fristlosen Entlassungen ist gleichfalls bestimmt, daß dem Angestelltenausschuss die Gelegenheit zum Eingreifen gegeben sein muß, sofern nicht ganz besondere Umstände, wie Diebstahl, Trunksucht, vorliegen, bei denen sich die besondere Verhandlung erübrigt. Im übrigen wird sich eine erschöpfende Regelung des Mitbestimmungsrechtes bei fristlosen Entlassungen erst treffen lassen, wenn die betreffenden Paragraphen der Gewerbeordnung des Handelsgesetzbuches und des V.G.B. entsprechend geändert sind. Immerhin war es notwendig, auch schon in der gestrigen Vereinbarung den Angestellten den nötigen Schutz gegen willkürlich veranlaßte fristlose Entlassungen zu sichern. Die Angestelltenvertreter haben besonderen Wert darauf gelegt, daß in den häufigen Fällen der Verteidigungen Unternehmer oder Vorgesetzte nicht ohne weiteres zur fristlosen Entlassung schreiten dürfen, sondern der Ausschuss erst die Entlassung und die Ursachen des Vorwurfs zu beraten hat, um dann über die Verhängung der fristlosen Entlassung mit zu entscheiden. Schließlich ist vereinbart worden, daß den streikenden Angestellten, die einen unwiderstehlichen Ausfall an Gehalt haben,

durch Gewährung eines Vorschusses ein Ausgleich geboten werden soll, über dessen Rückzahlung weitere Bestimmungen vorgesehen sind und darüber hinaus in den einzelnen Betrieben durch den Angestelltenausschuss noch weiter veranlaßt werden dürfen. Das Hauptziel des Kampfes, nämlich das Mitbestimmungsrecht ist zu dem erheblichsten Teil erreicht. Vor allem sind die Grundlagen geschaffen, auf denen nun schnell weiter aufgebaut werden kann, wenn im Betriebe selbst beim Angestelltenausschuss mit der erforderlichen Rührigkeit und Sachlichkeit gearbeitet wird. Die Angestelltenausschüsse werden allerdings nicht außer acht lassen dürfen, daß sie durch ihre unmittelbare Mitwirkung bei der Zusammenfassung der Arbeitskräfte auch für den Gang der Produktion selbst künftig eine weitgehende Verantwortung mit zu tragen haben. Bei allen kommenden Wahlen der Angestelltenausschüsse, insbesondere auch bei der Nominierung des Einsetzungs-Vertrauensmanns, muß der Beweis geliefert werden, daß die Forderung des Mitbestimmungsrechtes nicht nur eine einseitige Angestelltenfrage war, sondern ihre Verwirklichung im wohlverstandenen allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse gelegen ist.

Der Warenhausstreik beendet.

Die Warenhausangestellten kamen heute vormittag im Zirkus Busch zusammen, um zu dem Zentralvorstand der Handlungsgeschäfte den Bericht über die Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeber. Danach ist bezüglich des Mitbestimmungsrechtes eine Einigung dahin erzielt worden, daß bei Einstellung und Entlassung die Angestellten mitwirken. Diese Vereinbarung bleibt solange in Kraft, bis das versprochene Gesetz kommt. Sollte dieses Gesetz weniger bringen, dann sollen erneut Verhandlungen aufgenommen werden. Die Vertreter der Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, dabei entgegenkommen zu wollen. Die beiden letzten Streiktage sollen bezahlt werden.

Für die Angestelltengruppen 2 und 3 sollen grundsätzlich für jedes Berufsjahr 20 M. Zulage gewährt werden. Ueber die Zahl der anrechnungsfähigen Berufsjahre soll dem Vorstand des Zentralverbandes nahe gekommen werden, d. h. es sollen mindestens 4 bzw. 5 Jahre angerechnet werden.

Nachregelungen aus Anlaß des Streiks sind beiderseits abgeschlossen.

Die Versammlung billigte diese Vereinbarungen und beschloß einstimmig, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Merges und Eichhorn verhaftet.

Braunschweig, 18. April.

Wie die 'Täglichen Braunschweiger Anzeigen' berichten, wurde der kommunistische Agitator Merges, ehemaliger Präsident des Freistaates Braunschweig, heute in der Bodenlammer eines Hauses, wo er sich versteckt gehalten hatte, festgenommen.

Nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse soll die Verhaftung Eichhorns durch Regierungstruppen bei der Kollision des Flugzeuges zwischen Solmünden und Hörter am Freitag nachmittags in der Stadt Braunschweig amtlich bestätigt und durch Extrablätter verbreitet worden sein.

Die Lage in München.

München ist von der Außenwelt abgeschnitten. Zuverlässige Nachrichten über die Lage in München liegen deshalb nicht vor. Statt dessen ist die bürgerliche Presse auch jetzt wieder gefüllt mit Tendenznachrichten. Was an diesen Nachrichten wahr ist, kann im Augenblick nicht beurteilt werden. Sie müssen aber, nach den Erfahrungen, die bisher mit ihnen gemacht wurden, sehr vorsichtig aufgenommen werden.

Die Regierung Hoffmann scheint ihren Widerstand gegen die Bildung eines Freikorps nach Rostockem Muster aufzugeben zu haben. Hoffmann und Schuppenhorst sollen in Weimar sein, um mit der Regierung darüber zu verhandeln.

Der Achtstundentag in Frankreich.

Paris, 18. April.

Die Kammer hat die Gesetzesvorlage über den Achtstundentag angenommen.

Der Militarismus.

Als wichtigstes Ergebnis des Zusammenbruches vom 9. November mußte das Ende des deutschen Militarismus angesehen werden; denn dies bedeutete eine wirkliche Aenderung der Machtverhältnisse zwischen den Klassen und schien die Möglichkeit zu gewähren, die Klassenherrschaft zu beseitigen.

Man weiß, es ist ganz anders gekommen: ein halbes Jahr nach dem Zusammenbruch ist der Militarismus wieder aufgerichtet und entfaltet sich üppiger als je.

Es ist noch nicht Militarismus, wenn ein Land über eine Wehrmacht verfügt; Militarismus bedeutet die Befehlshaber Gewalt eines mit den Interessen der herrschenden Klasse eng verbundenen, in sich abgeschlossenen Offizierskorps über die Armee und die Ausübung dieser Gewalt zu politischen Zwecken im Interesse dieser Klassenherrschaft.

Man weiß, welche ungeheure politische Bedeutung der deutsche Militarismus bis zum Kriege besessen hat, wie absolut und unumschränkt er während des Krieges seine Herrschaft ausgeübt hat. Wer aber gedacht hätte, daß die fürchterliche Katastrophe, in die er das deutsche Volk hineingejagt hat, dieser Herrschaft ein Ende machen würde, hat sich schwer getäuscht. Der Militarismus ist wieder oben auf und beherrscht nachgerade die Politik offener und unumschränkter als je.

Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik war das von Anfang an klar. Die ganze Ostpolitik, der Krieg gegen Polen und gegen Rußland wird nur infolge militärischer Einflüsse geführt; diese Politik ist von politischem Gesichtspunkt aus schlechthin sinnlos, vom finanziellen katastrophal; betrugen doch die Heeresausgaben des letzten Jahres allein 8 1/2 Milliarden! Noch charakteristischer ist aber die Herrschaft des Militarismus über die innere Politik. Es liegt ja klar am Tage, daß Herr Noske und die Reichsregierung im wesentlichen heute nur ausführende Organe der Offiziersherrschaft sind, wie die Bethmann und Hertling die Werkzeuge Ludendorffs waren. Wir haben kürzlich die Zukunfts veröffentlicht, in der das Generalkommando Rüttwig uns mitteilt, wie es auf das Verbot bestimmter Reaktionen hinwirkt, also die Grenzen der Pressefreiheit bestimmen will; heute veröffentlicht wir den Bericht über die Bestrebungen des Generalkommandos Rüttwig, sämtliche Hochschulen zu überren, damit die Studenten als Offiziere in die Kreiswilligenformationen eintreten. Ungeheurer Charakteristischer ist die Begründung dieser Variation mit dem Hinweis, daß General Groener diesen Eintritt fordere, um die Truppen suberlässiger zu machen. Man will natürlich Offiziere einer bestimmten politischen Richtung und findet sie leicht bei dem reaktionären Teil der deutschen Studentenschaft. Die Variation hat ja bei einem Teil der Hochschulen bereits zum Erfolge geführt.

Noch unumschränkter erscheint die Herrschaft des Militarismus in dem Vorgehen gegen Braunschweig. Die Erlasse des Generals Maerker sind Ausflüsse des militaristischen Absolutismus, die unbedenklich um die gesetzlichen Bestimmungen die Vorherrschaft des militärischen Willens über die Zivilgewalt proklamieren. General Maerker begnügt sich nicht damit, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, die übrigens schon vor seinem Einmarsch ungestört waren. Er fordert für sich das Recht, die Zusammenfassung der Regierung zu bestimmen und verhaftet Mitglieder der Regierung und des Landtages trotz der Immunität! Die Vorstellungen und Proteste des Ministerpräsidenten bewegen ihn zwar zu gewissen Konzessionen, im wesentlichen setzt er aber seinen Willen durch, dem sich die Vertreter der Zivilgewalt fügen müssen. Der alte Militarismus ist wieder da.

Die Zivilgewalt, vor allem die Reichsregierung, fördern und unterstützen den neuen Militarismus auf jede Weise; ist er doch ihre einzige Stütze geworden, seitdem sie das Vertrauen der Arbeiterklasse in reichend steigendem Maße verloren haben. So setzt sich auch der 'Vorwärts' mit einigen häßlichen Bemerkungen über das Austragen des Generals Maerker hinweg, erklärt den Protest der eigenen Parteigenossen für gleichgültig und billigt voll und ganz das Vorgehen gegen Braunschweig. Die Regierungssozialisten geben jeden Widerstand gegen die Offiziersherrschaft auf.

Die bürgerlichen Parteien handeln in ihrem Massinteresse natürlich ebenso, und der Militarismus bleibt in seiner Selbstherrlichkeit Sieger. Der alte militaristische Geist, der im deutschen Volk so lebendig war, triumphiert auf neue.

Es ist klar, was das bedeutet. Die Krolen in der inneren Politik liegen klar zutage. Wachsende Reaktion und Gewalttätigkeit auf der einen Seite, wachsende Gegenbewegungen der Arbeiterklasse auf der anderen Seite, eine ungeheure Verschärfung der Gesamtsituation.

Verhängnisvoll ist die Wiederaufrichtung des Militarismus auch auf dem Gebiet der äußeren Politik. Man weiß, daß der deutsche Militarismus mit Recht dem gesamten Ausland als Gefahr und Bedrohung erscheint. Recht unmittelbar vor den entscheidenden Friedensverhandlungen demontriert man vor dem Ausland sein Wiedererstarben. Es ist klar, daß das auf die Friedensverhandlungen in unzulässiger Weise zurückwirken, daß es den Forderungen Clemenceaus nach "Sicherungen" den denkbar größten Nachdruck verleihen muß. Die Politik der Regierung ist so gleich verhängnisvoll und verderblich auf dem Gebiet der inneren wie der äußeren Politik. Für harte Friedensbedingungen trägt sie vor allem die Verantwortung!

Vor Beginn der Friedensverhandlungen.

Die Neutralität Belgiens. — Drohende Repressionsmaßnahmen gegen Deutschland.

Paris, 18. April. (Spat.) Nach dem diplomatischen Situationsbericht hatten die fünf Außenminister am Donnerstag nachmittag eine Zusammenkunft. Unter anderem wurde der Text angenommen, der die politische Ordnung Belgiens regelt, auf der Grundlage der Aufhebung des Vertrages von 1839, der die immerwährende Neutralität vorsah. Als dann wurde die Schaffung eines Seepflichtengerichtshofes erörtert. Schließlich befaßte sich der Ausschuss mit der Abfassung des Vertragsartikels, der dem Kriegszustand ein Ende setzt.

Der Redaktionsausschuss arbeitet emsig an der endgültigen Formulierung der für Deutschland vorgesehenen Bedingungen. Die Alliierten haben die Maßnahmen noch nicht erörtert, die im Falle einer Nichtunterzeichnung des Vertrages durch Deutschland zu treffen sein würden. Inzwischen werden die militärischen Vorbereitungen beachtet, unter der Leitung des Marschalls Koch für diesen Fall Verträge auszuwickeln. Die Präventionsmaßnahmen, die den Alliierten zu Gebote stehen, sind vertrieben: sie umfassen insbesondere die Besetzung weiterer deutscher Gebiete, Sperrung deutscher Häfen und Einstellung der Verpflegung.

Voraussetzliche Unterzeichnung bis zum 9. Mai.

Bern, 18. April.

Wie die Pariser Presse meldet, werden die österreichische, bulgarische und die türkische Delegation voraussichtlich auf den 9. Mai nach Brüssel berufen werden. Man deutet diesen Beschluß des Verrates dahin, daß man mit der Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages bis zum 9. Mai rechnet.

Die "New York Tribune" schreibt dazu, daß der deutschen Delegation eine Frist von einer Woche zur Prüfung des Vertrages eingeräumt werden werde. Die Verträge sind bis auf ganz geringe Einzelheiten fertiggestellt und gehen voraussichtlich am kommenden Freitag in Druck. Der Minister hat ferner alle in der Konferenz vertretenen Mächte aufgefordert, mitzuteilen, welche Frist notwendig sei, um die Ratifizierung der von Deutschland zu unterzeichnenden Verträge durch die Parlamente zu erwirken.

"Matin" erklärt, es sei noch nicht bestimmt, ob in dem Vertrag eine Klausel aufgenommen werden solle, durch die die Angliederung Österreichs an Deutschland verboten werde. Sollte dies nicht der

Fall sein, so werde Frankreich verschärfte Garantien verlangen, da eine Erhöhung der deutschen Bevölkerungsziffer für Frankreich eine erhöhte Gefahr bedeuten würde.

Leinert — Friedensdelegierter.

Die "Berliner Volkszeitung" schreibt an der Meldung, daß Leinert an Stelle von Adolf Müller als Mitglied der Friedensdelegation bestimmt sei:

"Uns lag diese Meldung schon am Donnerstagabend vor. Wir hielten sie für einen Aprilscherz, da wir uns nicht denken konnten, daß die Regierung auf der Suche nach einem Sozialisten für die Friedensdelegation an Karl Rautsky oder Edward Bernstein vorbeigehen würde. Da die Nachricht amtlich bestätigt wird, müssen wir, wohl oder übel, an ihre Richtigkeit glauben."

Die Kundgebungen in Wien.

Nach den Zusammenstößen vor dem Parlament, die fünf Tage und eine größere Anzahl von Verlesenen zur Folge hatten, ist der Paragraf in Wien ruhig verlaufen. Es handelte sich bei der Kundgebung vor dem Parlament vor allem um energische Demonstrationen der Arbeiterparteien, die, wie es scheint, durch das Eingreifen der Kommunisten politischen Charakter erzielten. Jedoch lehrte der kommunistische Flügel der Soldatenräte ausdrücklich jede Verantwortung für die Ereignisse ab.

Die Regierung sucht durch Entgegenkommen die Fregung zu beschwichtigen. Es finden Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär für soziale Fürsorge, Genossen Danusch, und einer Abordnung der Arbeitslosen und Devisenlehrer über ihre Forderungen statt. Die Arbeitslosenunterstützung wird erhöht. Verteilung für eine bessere Verteilung in der Ernährung getroffen werden. Man hofft auch durch eine beschleunigte Durchführung der Sozialisierung auf eine Besserung der Verhältnisse.

Der Parteivorstand erklärt einen Aufruf, in dem es heißt, die sozialdemokratischen Parteimitglieder seien bereit, sofort zurückzutreten, wenn die deutsch-österreichische Arbeiterfront einmündig sein sollte, das Regierungssystem zu ändern, aber nur der organisierten Arbeiterschaft dieses Recht zu. Ein paar tausend Demonstranten dürften der Regierung nicht mit Gewalt ihren Willen aufzwingen. Was gestern geschehen sei, sei sinnlos und höchst gefährlich. Schon lange rufe die Bourgeoisie nach der Befreiung von Oesterreich durch die Ententekräfte. Unter dem Schutze der Bajonette der Entente könne sie ihre Herrschaft wieder aufbauen. Sollte Wien der Schauplatz ähnlicher Unruhen werden, so würde die Entente die geübten Industriegebiete besetzen, was eine Gegenrevolution herbeiführen würde. Eine solche Katastrophe muß vermieden werden.

Wien, 18. April.

Die Polizeikorrespondenz veröffentlicht eine umfassende Darstellung der gestrigen Vorfälle beim Parlament, in der einleitend festgestellt wird, daß eine Versammlung von zehntausend Arbeitslosen vor dem Parlament und dem benachbarten Rathaus auf Grund eines von einem ungenannten Arbeitslosenkomitee verbreiteten Aufrufes stattfand, während gleichzeitig die Journalisten im Prater eine Versammlung abhielten, die sich sodann vor dem Rathaus mit den Arbeitslosen vereinigten. Darauf zogen beide Gruppen zum Parlament, wo sich die bekanntesten Vorfälle abspielten. Den Hauptanstoß gab die Seitenfront der Parlamentsgebäude gegen den Schmerlingplatz ausgedehnten, der wiederholt durch eine Pistole von den Demonstranten geräumt wurde, bis schließlich Volkswacht im Eingreifen mit der Wache die Abspernung vornahm und die Pistole sich zurückzog. Darauf übernahm die Volkswacht den Schutz dieses Gebietes.

An dieser Front wurde auch die Hauptzahl der Fenster eingeschlagen und Tore eingedrückt. Durch die eingeschlagenen Fenster wurden brennende Gegenstände in das Gebäude geschleudert, wodurch eine Dienstwohnung infolge Feuers zerstört wurde. Auf diesem Teile empfing auch der Hof, die aus einer Hofvorstraße wieder zu Hilfe herbei eilende Pistole mit Revolvergeschossen, wobei zwei Wachen getötet wurden. Die Wache wurde jedoch bald Herrin der Lage und säuberte den Platz endgültig. Eine andere Gruppe von Demonstranten trat der Wache bei der Domgasse entgegen. Dabei wurde ein Wachmann getötet.

Nach Vernehmung der Kundgebung vor dem Parlament kam es an einzelnen Punkten der Stadt zu kleinen Ausschreitungen, doch wurde die Wache immer wieder Herrin der Lage. In anderen Punkten vertrieben Demonstranten die Wache in

ihren Lokalen zu entwaffnen. Diese Versuche waren erfolglos, wie Versuche, einzelne Teile der Volkswacht abzuwecken zu machen. Auch ereigneten sich keine Unfälle. Bei den Vorgängen wurden insgesamt 6 Verletzte, darunter vier Wachorgane, wobei ein Wachmann verletzt, darunter 56 Polizeibeamte; von letzteren 18 verletzt.

Wien, 18. April.

Staatskanzler Renner äußerte sich zu einem Arbeiterkongress u. a.: Die gestrigen Vorgänge haben noch ihrem vollen Zwischenfall, der zunächst beweist, daß die geringe Leistung des Staat nach seinen Mitteln den Arbeitslosen, den Un- und den Devisenlehrern Angelegenheiten lassen kann, tatsächlich erreicht. Die erste Gefahr daraus ist, daß die Vermögensabgabe und die Sozialisierung der sozialistischen Betriebe rasch und energig durchgeführt werden muß, die zweite, daß die ganz übermäßige Mehrheit der Arbeiterbevölkerung einmündig genug ist, die Schwierigkeiten unseres Staatswesens zu begreifen. Aber Einsicht und Besonnenheit verlangt andererseits, daß die oberen Schichten mangelt es noch immer an der notwendigen Opferbereitschaft. Die dritte sehr nützliche und beruhigende Erfahrung ist die Volkswacht in untadeliger Mannszucht ihre Aufgabe zu lösen.

Zu einem Vertreter der Arbeiterzeitschrift "Arbeit" Staatskanzler u. a.: Der ganze Zwischenfall war ein gemeinsamer Staatsverstoß. Heute im Dienste der arbeitenden Volksklassen. Wozu also Gewalt? Ich empfinde die Schande für alle, daß anlässlich einer Arbeiterdemonstration einem öffentlichen Gebäude das heute dem Volke gehört, ein Brandbleibung verübt wurde. Ich bin wohl einverstanden, daß das von der kommunistischen Partei verübt ist, geplant wurde. Aber ohne Verantwortung und die Verantwortung führt nicht. Die Regierung will mit Anspannung aller Kräfte in der begrenzten Weise weiterarbeiten. Sie will auch alle Schwächen ohne alle Rücksicht auf die erschwerenden Verhältnisse. Aber einer solchen Willensfreiheit der Arbeiter und des Volkes kann sich die Regierung nicht beugen.

Imperialistische Meneuren in der Schweiz.

In der Schweiz gehen interessante Dinge vor sich. Die "Berliner Tagewacht" mittelt, ist in Bern ein Klub österreichischer Kaisertruppen entstanden, der sich als "Imperialistischer Klub" bezeichnet. Der Klub hat bis zur Stunde nicht abgedankt. Er hat den Zweck, die Kaisertruppen in der Schweiz zu halten, um in der Schweiz ein Kaiserreich zu führen. Der Klub hat bis zur Stunde nicht abgedankt. Er hat den Zweck, die Kaisertruppen in der Schweiz zu halten, um in der Schweiz ein Kaiserreich zu führen.

Über das Zweite der hochmodernen Gesellschaft, die saubere Sache erzählt. Bekanntlich haben englische Kaisertruppen den Kaiser Karl von Oesterreich in der Schweiz gefangen. Der Kaiser hat bis zur Stunde nicht abgedankt. Er hat den Zweck, die Kaisertruppen in der Schweiz zu halten, um in der Schweiz ein Kaiserreich zu führen.

Die Herrschaften wollen von hier aus mit allen Mitteln einen Anstoß Oesterreichs an Deutschland verhindern. Den österreichischen Kaiserthron wieder aufzurichten. Oben darum will Kaiser Karl nicht verzichten. Im Grunde stehen die englischen Imperialisten. Die früheren Nacht hungernden Imperialisten Oesterreich, die wichtigsten Werkzeuge zum Vorhaben der englischen Kaisertruppen und der sonstigen Kaisertruppen. Die englischen Kaisertruppen sehen an der Spitze Oesterreichs natürlich lieber einen Kaiser als etwa eine widerwärtige sozialistische Bewegung.

immer schöner sind, als die Dursultruppen. Sondern Neues. Das Arbeitermüdel soll geschaffen werden!

Ich bin überzeugt, daß in der Arbeiterklasse der Schweiz da ist. Aber es wäre schön, wenn er sich einmal an den Tag. Das, was wir brauchen, kann nicht entstehen durch die Unternehmung von oben, sondern einzig und allein durch die schaffende Zusammenarbeit von Arbeitern und wahren Sozialisten. Adolf Müller

Soziale Theatertränen.

Auf der Tagung der Bühnengemeinschaft wurden gestrige Reden über die wilden Theatertränen, die dramatischen Lehrer vorgebracht. Präsident Nitzel hat die Beschlüsse der Bühnengemeinschaft erobert das Ergebnis der Tagung wieder erwählt. Der Bühnengemeinschaft einen Verwaltungsrat umgewandelt, und die Bühnengemeinschaft wird von 7 auf 11 erhöht. Bester wurde Wasserborn, der sich um die Bühnengemeinschaft verdient gemacht hat, zum Ehrenmitglied zu ernennen; zum Präsidenten wurde Ludwig Baran, einer der Bühnengemeinschaft gewählt. Das Ergebnis der Tagung wird im nächsten Heft der Bühnengemeinschaft mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Den Bühnengemeinschaft bilden Verhandlungen über die Bühnengemeinschaft, Bühnen- und Sprechere. Heute wird die Bühnengemeinschaft geschlossen.

Seit Bestehen der Bühnengemeinschaft, die nun mal- und Tarifvertrag, Schiedsgericht und Stimmrecht freien Gewerkschaft umgestaltet wurde, wurden also bedeutendsten sozialpolitischen Entschlüsse gefaßt. Dieser hat nicht alle Vertreter dieser Wichtigkeit gemacht. Die Entschlüsse in Form und Inhalt in allen Lagern. Die Bühnengemeinschaften noch meistens jener politischen Schichten jeder Arbeiter steht. Von Bedeutung war die Bühnengemeinschaft die Rede Bestehen Nitzels (Präsident). Trotz der Bühnengemeinschaft für die zweifelslosen sofortigen sozialen Vorteile. Die Tarifbestimmungen mit dem Zwangsverband bringt, erhöht er den Verein gerade in dem gegebenen Augenblick dennoch vorwärts. Der Zielgedanke sei doch, das private Unternehmertum im Sozialismus immer mehr und schließlich ganz aufzuheben.

Einfacher Hausrat.

Zur Ausstellung im Kunstgewerbemuseum im Mittel, veranstaltet das Deutsche Werkbund, dem Kunstgewerbemuseum und der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Eintritt zur Ausstellung ist frei. Aber die Zeit von 10-8 Uhr dürfte den Arbeitern, an die in erster Linie bei der Veranstaltung gedacht ist, wenig nützen. Und doch wünsche ich, daß recht viele Arbeiter die Ausstellung besuchen, weil sie sehr gut zeigt, wie es nicht gemacht werden darf.

Den wenig Bemittelten guten und erschwinglichen Hausrat zu schaffen, ist eine große, schöne und wichtige Aufgabe. Eine Aufgabe kann aber freis nur gelöst werden durch Schaffung von etwas Neuem. Wenn es sich nur darum handelt, das heutige konventionelle Bürgermüdel in billigen, unansehnlichen Materialien vereinfacht nachzuahmen, so brauchen sich dazu eigentlich nicht Deutsche Werkbund, Kunstgewerbemuseum und die Gewerkschaften zusammenschließen. . . mit Unterstützung der Provinz und von mehreren Kommunen. Das kann jeder beliebige Fabrikant auch. Dem Deutschen Werkbund gehören nominell die besten deutschen Künstler an. Wo ist ihr Wille, ihr Geist, ihre Kraft? An seiner Spitze steht ein Künstler, von dessen Willensstärke und Durchsichtigkeit fragliche man sich nicht zu verschließen. Das er auf jede Einwirkung verglicet? Wird sich der Deutsche Werkbund wohl je zu einer Tat, die in die Zukunft weilt, entschließen?

Woher könnte für billigen Hausrat das Neue liegen? In der Form kann es nicht liegen. Die Form muß so einfach sein, wie nur irgend möglich. Die wirtschaftliche Notwendigkeit zwingt dazu, einfachste Formen zu bauen. Jeder Versuch, durch ein bloßes billiges Ornament, Profilieren, Stäbchenwerk u. dergl. die Formen zu verschleiern, führt, wie einzelne Stücke sehr deutlich zeigen, zu plumbeuren Talmisgen. An lehrartigen Dingen, wenn sie gut sein sollen, gehören keine Hügel und handwerklich-liebvolle Arbeit. Solche Hügel können nur teuer sein. Jeht kann es nur darauf ankommen, die Formen unter Benutzung des billigen Rahmens und Füllungsprinzips rein herauszufassen und das Neue der Erfindung kann nur liegen in der Farbigkeit.

Aber da liegt der Haken. An die Farbigkeit traut sich niemand heran. Und immer mit der derselben ideoischen Begründung wird sie abgelehnt: "Der Arbeiter will keine Farbigkeit." Das ist aber ganz bestimmt falsch. Wo Arbeiter sich z. B. Häusen bauen, da greifen sie, wie jeder frische und unverkammte Mensch, instig zur Farbe. Ist doch die Farbe ein unver-

meidliches Merkmal des selbstimmernden Arbeiters einer der wenigen Aktivitäten in unserer trostlosen künstlerischen Knechtschaft. Farbe — ein herrlich ausgeprägtes Mittel jeder Gestaltung, wird heute gemieden, wie etwas Feilliches. Nur nicht Farbe bekennen! Der weiße Europter bekommt eine Schicht, wenn das Wort "farbige Architektur" fällt. Die überläßt er den Farbigigen in Amerika oder Neuguinea. Grau ist die Welt der modernen Kulturmenschen, wenig gebunden durch den Stoff der vielen "grünen Tische". Und dabei ist es noch gar nicht solange her, daß auch in unserem grauen Norden die Farbe z. B. als Außenanstrich im Volke ganz natürlich war. Ich kenne aus Brandenburg aus Oranienburg, Gauen, deren Häuser vielleicht 100 bis 150 Jahre alt sind — ein gelbes neben einem blauen, roten und grünen. Komos steht das aus!

Duconfauchisch ist die Ausschließung. Man glaubt wirklich immer noch da oben, man müsse dem Arbeiter billig nachgemachte Bürgermüdel hinstellen. Das gehört zu den unerschütterlich festen Glaubenssätzen dieses Volksbeglückter. Und dabei möchte ich diese Müdel nur erst einmal sehen, wenn sie nachher in einer ähnlichen Berliner Mietwohnung stehen. Hier im schönen Oberlichtsaal, wo man mit allerlei Müdeln, wie schon gebundenen Büchern, aufgespannten Sonnenschirmen und malerisch herumliegenden Hüsen, Kuppen, Spiesschen usw. für eine "trauliche Stimmung" sorgt, hat, ist es für einen gewissen Kunstgewerber nicht schwer, Wirkungen zu erzielen. Selbst mit bedenklichem Material. Aber diese Wirkungen halten nicht vor!

Deshalb ist gegen diese Aufmachung Front zu machen.

Es wäre schön, wenn sich Arbeiter einmal an der Frage "Farbigkeit" äußern wollten; wenn sie die Behauptungen der hoffentlichenden Kunstredanten und -Polizisten lägen strafen könnten. Das wäre schön, das jetzt in seinem billigen, geliebten Holze armfellig und traurig dasteht, würde eine Freude sein können, wenn es gefühnen und bemalt würde. Der Künstler Tropius hat genau nachgerechnet, daß der Preis nicht höher werden müßte, weil ja für das farbige Müdel die Form noch mehr vereinfacht werden könnte. Jede Profilierung wird überflüssig. In leuchtenden, schönen Farben wird über Rahmen und Füllung weg die Fläche demalt. Blumen, Pflanzen, Tiere, Ornamente, Sterne. Es können Schablonen, benutzt werden, die mit der Hand übergegangen werden. Ich kann versichern, daß einige unserer besten Maler bereit sind, sich für diese Sache selbstlos zu betätigen. Es soll keine Nachahmung aller bunten Bauernmüdel gemacht werden, obwohl diese Bauernmüdel noch

ung. Der Hunger, so rechnen die Imperialisten der Entente, wird die gutmütigen Leute in Wien schon fixer machen. Die Oesterreicher werden zu den reichlichen Warenzufuhren den Kaiser Karl gerne wieder in Kauf nehmen. Die Spekulation ist nicht abel, wird aber hoffentlich durch das erwachende Proletariat in Oesterreich aufzuhalten geritten werden.

Die Verhaftung des Grafen Czernin.

Wien, 18. April.

Das Wiener Korrespondenz-Bureau teilt mit: Der frühere Minister des Aeußern Graf Ottokar Czernin ist vorgestern von den deutschösterreichischen Grenzbehörden in Feldkirch verhaftet worden, als er den Versuch machte, ohne Paß die Schweizer Grenze zu überschreiten. Ueber die Vorgeschichte der Verhaftung wird gemeldet: Graf Czernin hatte sich vor einiger Zeit an die Wiener Polizeidirektion um Ausstellung eines Reisepasses in die Schweiz gewandt. Der Paß wurde ihm nach vorangegangener Rücksprache mit dem Staatskanzler für Kenneres im Hinblick auf die von ausgewanderten Aristokraten in der Schweiz betriebene, gegen die deutschösterreichische Republik gerichtete Propaganda verweigert. Graf Czernin wandte sich hierauf an den Staatskanzler mit der Bitte, ihm die Erlangung des Passes dennoch zu ermöglichen. Der Staatskanzler wies dieses Ansuchen ab. Graf Czernin gab nun vor, daß er sich auf eine seiner Besichtigungen in Oesterreich begeben wolle und reiste mit dem Entente-Schnellzug von Wien ab. Statt den Zug in Oesterreich zu verlassen, fuhr er jedoch bis Feldkirch durch, worauf dort die Verhaftung erfolgte.

Blutiger Zusammenstoß in Offenbach.

Offenbach (Main), 18. April.

Auf dem Wilhelmplatz fand nachmittags eine von Kommunisten einberufene Versammlung statt. Im Anschluß daran bildete sich ein Demonstrationzug, der sich nach der Kaserne bewegte, wo der Volkstrot seinen Sitz hat und die von Regierungstruppen besetzt ist. Es kam zu Zusammenstößen. Infolge der Schiereien sind vier Personen getötet und 24 mehr oder weniger leicht verletzt worden. In der Stadt herrscht große Erregung. Der Belagerungszustand wurde verhängt.

Nach neueren Meldungen ist die Zahl der Toten und Verwundeten beträchtlich höher, das „Berliner Tageblatt“ berichtet sogar von 80 Toten.

Zu den Vorgängen in Offenbach erfährt die „Frankfurter Zeitung“ folgendes:

Freitag vormittag 11 Uhr rief der Volkstrot in Offenbach den Frankfurter Marine-Sicherheitsdienst um Hilfe an. Der Führer des Sicherheitsdienstes fuhr zusammen mit Mitgliedern der Präsidialkommission und des Reiner Ausschusses nach Offenbach, doch herrschte dort noch völlige Ruhe. Als sie um 3 Uhr von Offenbach in Frankfurt wieder eingetroffen waren, erfuhr man, daß Offenbach abermals um Hilfe ersucht habe. Darauf begaben sie sich abermals nach Offenbach, wo man in dem Augenblick eintrat, als auf dem Wilhelmplatz der Demonstrationzug stattfand. Das Frankfurter Auto feuerte den Zug, eine Anzahl Demonstranten nahm eine drohende Haltung ein und erst nach einigem Aushalten konnte das Auto weiterfahren, das seinen Weg zum Reineck nahm. Inzwischen kamen Mannschaften des Frankfurter Sicherheitsdienstes an der Landesgrenze vor Offenbach an, wo sie Halt machten. Dem Offenbacher Volkstrot wurde von den Frankfurter Sicherheitsbeamten mitgeteilt, daß man nun gegen Plünderereien einschreiten werde, nicht aber bei politischen Aktionen. Da Plünderungen nicht vorkamen, ließen die Frankfurter Beamten und Mannschaften abends 7 Uhr wieder zurück.

Diese Darstellung der „Frankfurter Zeitung“ zeigt, daß die Darstellung des amtlichen Berichtes durchaus nicht einwandfrei ist. Nach der Meldung der „Frankfurter Zeitung“ gewinnt man den Eindruck, als ob die Angst des Volkstrots zu unbegründeten Maßnahmen Veranlassung gab, die dann als Blutvergießen herbeiführten.

Das neue Braunschweiger Kabinett.

Braunschweig, 18. April.

Der Präsident der Landesversammlung Dr. J a s p e r (Rechtssozialist) wird, wie an zuständiger Stelle mitgeteilt wird, im

In diesem Sinne erscheint es nicht geboten, den Bühnenverein als Organisation der Direktoren — auch wenn er sich verjüngt und sozial erweitert haben sollte, gleichsam zu vereinzeln. Durch das Tarifabkommen würden z. B. die Leistungen der Staats- und Stadt-Theater gezwungen, sich dem Unternehmerverband anzuschließen, obwohl es in diesen Theatern ja kein Unternehmertum gäbe und dort der soziale Ausbau naturgemäß viel rascher fortschreiten könnte. Viertel hätte gewünscht, daß die Genossenschaft all ihre Kraft und Arbeit lieber auf schleunige Sozialisierung der Theater gerichtet hätte und sich nicht durch eine neue Koalition mit dem Bühnenverein selbst beschränke.

Präsident Adelt erklärte sich wohl als im Ziele einig mit dem Redner und verglich den Gegenstand zwischen dem Standpunkt Viertel und der Handlungsweise der Genossenschaft mit dem Unterschied zwischen Sparta und Athen. „Auf dem einen Standpunkt, worauf lebhafteste Zwischenrufe ertönten, „Unfinn, es gibt doch Unabhängige!“

Offenbach.

Das Volksbühnenkonzert am gestrigen Karfreitag brachte einer das große Haus bis zum letzten Platz füllenden, ansehnlich lautenden Gemeinde einen hohen Kunstgenuss. Von Kurt Schabel (Klavier), Professor Carl Fleisch (Violine) und Professor Hugo Becker (Violoncello) wurden in meisterhafter Weise Beethoven's Trio D. Dur op. 70 Nr. 1, sowie Schubert's Trio B. Dur op. 90 zum Vortrag gebracht. Dazwischen sang der vortrefflich gesungene Madrigalchor des Akademischen Institutes für Musikunterweisung unter Leitung von Professor Carl Thiel unter der Schirmherrschaft von Professor Carl Thiel. Der nicht endende hübsche Beifall, der sich besonders nach dem in vollendeter Schönheit erklingenden Schubert'schen Trio erhob, bewies aufs neue, daß gerade aus bei der Musik reichlich und höchste Kunst in Arbeiterhergen ihre Stätte findet. — Am Donnerstag und Freitag mittag veranstaltete der Verband der freien Volksbühnen sein 18. und 19. Konzert in der Philharmonie mit dem Philharmonischen Orchester unter Leitung des Komponisten eine Wiederholung von Richard Straußens Don Juan und Alpenfonnen nebst Liedern, gesungen von dem Tenor Carl Kraus, darunter Richard Dehmels „Der Arbeitsmann“ zum erstenmal mit Orchester.

neuen braunschweigischen Kabinett den Vorschlag führen. Auch der Finanzpräsident Bartels wird als Mitglied eintreten. Außerdem werden fünf Reichssozialisten und zwei Unabhängige angehören.

„Die freie Welt“.

Genossen und Genossinnen!

Die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ gibt ab 1. Mai eine illustrierte Wochenchrift heraus, die unter dem Titel „Die freie Welt“ erscheinen wird. Die erste Nummer wird, wie schon angekündigt worden ist, die Nummer der Partei sein.

Schon lange ist es ein Bedürfnis des revolutionären deutschen Proletariats, ein eigenes Organ zu besitzen, das im Bilde die Welt so zeigt, wie wir sie sehen. Während die Bourgeoisie in ihren zahlreichen illustrierten Zeitschriften weitverbreitete Mittel der Propaganda, der patriotischen Verdummung und der geistigen Versklavung besitzt, haben sich die Arbeiter Deutschlands noch kein entsprechendes Organ dieser Art schaffen können. So sind die vielen Hunderttausende, die zur Erholung und Anregung nach einem illustrierten Blatt greifen, gezwungen, Blätter zu kaufen, die ihnen feindselig gesinnt sind und nur der kapitalistischen Spekulation und Verherrlichung dienen.

Wenn wir es jetzt unternehmen, die erste aktuell illustrierte sozialistische Wochenchrift herauszugeben, so ist das nicht nur ein lebendiger Beweis für den gewaltigen Aufschwung, den unsere Partei von Tag zu Tag nimmt, sondern auch für ihr Bestreben, alle Mittel der Aufklärung und Bildung in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes zu stellen.

„Die freie Welt“ soll das illustrierte Blatt des Proletariats sein. Sie wird alle wichtigen Ereignisse des Tages im Bilde festhalten, besonders die, an denen die revolutionäre Arbeiterklasse ein bestimmtes Interesse hat. Große Kunst, gute Romane, Erzählungen, Gedichte, belehrende Aufsätze und Unterhaltung jeder Art soll das Blatt in anregender Weise bieten.

Wir wenden uns an alle Organisationen, an alle Genossen und Genossinnen im Lande mit dem Rufe: Unterstützt das neue Blatt, verbreitet es nach Kräften! Auch „Die freie Welt“ soll uns helfen, die freie Welt des Proletariats zu schaffen.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“,
c. G. m. b. H., Berlin.

Die Unternehmer loben die Regierung.

Die Beschlüsse des Sachverständigenrats für die Rohlenwirtschaft, die wir gestern wiedergegeben haben, die die Sozialisierung des Kohlenbergbaues weit vor sich weisen, und von Sozialismus nicht ein Atom verspüren, haben bei den Unternehmern die allergrößte Befriedigung ausgelöst. So schreibt die „Post“, das Organ der Schwerindustrie und der Sachverständigen, denen die wirkliche Sozialisierung des Kohlenbergbaues, wie sie die Vorschläge der Sozialisationskommissionen vorsehen, sehr unangenehm ist, über die Beschlüsse des Sachverständigenrats folgendes:

Was die Bestimmungen über die Behandlung des eigentlichen Kohlenhandels bringen, bedeutet nach den gegebenen Beschreibungen eine erfreuliche, angenehme Ueber-raschung, wie überhaupt wirtschaftliches Verständnis und Forderungen der Praxis sich erstmalig bei den wirtschaftlichen Gesetzgebern der neuen Herrschaft einige Geltung verschafft zu haben scheinen. Allerdings sind die Bestimmungen immer noch denkbar genug, um staatlichen und kommunalen Eingriffsmöglichkeiten eine gefährliche Grundlage zu bieten. Man wird sich hier aber an die von uns mitgeteilte Eröffnungsrede Wiffells erinnern müssen und dann noch mehr erhoffen können. Der Reichskohlenrat wird für die Wirtschaftsfreiheit in dem gebliebenen Maße der Wächter sein müssen. — Die Preis-Votorechts-Vestimmung bedeutet nur auf dem Papier eine Neuerung, vielleicht eine Verewigung eines Kriegs-Rechtes der Regierung, das über die Revolutionäre hinaus ohne weiteres in Dauerstellung gesetzt hätte und sich nicht hätte nehmen lassen. Man wird das nicht ändern können und es kann sich das auch extraglich gestalten, sobald die leitenden Leute aus den Folgen ihrer ersten „preispolitischen“ Ausschüßte wie beim Kohlenyndikat und beim Roheisenverband Zug geworden sein werden.

Wenn man aus der obigen amtlichen Auslassung entnehmen zu können scheint, daß mit ruhiger Aussprache auch ein wenig die Achtung und Erkenntnis der wahren Bedeutung dieser Industrie, d. h. der Industriellen, die sie ja ver-wahren, sich zurückgefunden zu haben scheint, so ist das sicher das wertvollste Ergebnis der dreitägigen Tagung, neben dem das Gesetz verbleibt.

Also, die Unternehmer jubeln. Die drohende Gefahr der Sozialisierung des Bergbaues ist nach ihrer Meinung abgewendet. Sie sind mit den Beschlüssen des Sachverständigenrats zufrieden. Wir verstehen diesen Jubel. Es ist der Triumph über den Sieg, den sie über den Sozialismus davongetragen haben. Aber ob nicht auch dieser Sieg der Unternehmer, der zugleich ein Sieg der Regierung ist, die Pfeiler erschüttert, auf denen ihre Herrschaft beruht?

Wie man Mörder verfolgt.

Der „Vorwärts“ berichtet:

„Die Ermordung des Herrn Abrahamsohn in der Holzmarktstraße hat uns feinerzeit veranlaßt, sehr eindringlich diese Sache zu verfolgen. Jetzt geht uns, nach 32 Tagen, die Mitteilung des Reichswehrministers zu, daß das gerichtliche Ermittlungsverfahren gegen Leutnant Gekalla eingeleitet ist. Gekalla ist — nach vorläufiger Entbindung vom Dienst durch Freikorps-Hilfsw — flüchtig geworden. Dast-befehl wegen Verstoßes und rechtswidrigen Waffengebrauchs gegen ihn ist erlassen.“

Abrahamsohn war der über 60 Jahre alte bürgerliche Herr, der ohne Grund aus seiner Wohnung geholt und erschossen worden ist. Es ist bezeichnend, daß die Strafbehörden auch in diesem Fall dem Mörder hinlänglich Zeit gelassen haben, zu ver-

schwinden. Bezeichnend ist aber auch die Tatsache, daß der „Vorwärts“ die vorstehende Mitteilung ohne jede kritische Bemerkung veröffentlicht.

Ein Gesetz über Betriebsräte.

Stuttgart, 17. April.

Am 16. April fand im Arbeitsministerium eine Sitzung von Unternehmern und Arbeitervertretern unter Vorsitz des Arbeitsministers Schilde statt, die sich mit der gesetzlichen Einföhrung von Betriebsräten befaßte. Ein Gesetz, entworfen, das die Rechte und Pflichten der Betriebsräte festlegen soll, wurde von Arbeitsminister in Aussicht gestellt.

Der Generalfreist in Italien.

Rom, 16. April.

Der Sitz der sozialistischen Parteiverwaltung wurde von Rom nach Mailand verlegt. Am Donnerstag wurde die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Der Generalfreist wurde ebenfalls in Bologna und Genua beendet, dagegen wurde in Loma, Modena und Pistoja ein 24stündiger Generalfreist als Protest gegen die Ereignisse in Mailand proklamiert.

Lebensmittelforderungen für Rußland.

London, 18. April. (Reut.)

In Erwiderung auf die Anregung Kantsch, an Rußland unter Aufsicht einer aus Norwegen, Schweden und nördlich Holländern, Dänen und Schweizern zusammengesetzten neutralen Kommission Lebensmittel zu liefern, haben Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando ihre warme Sympathie für den Vorschlag ausgesprochen. Sie erklären, daß, wenn die britischen Regierungen in Rußland ebenfalls zur Mitarbeit bereit seien, die Hindernisse überwunden werden könnten, doch müßten alle Feindseligkeiten eingestellt werden. In diesem Falle seien Wilson und die drei Ministerpräsidenten bereit, dem Plan ihre volle Unterstützung zu geben.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung in den Gaswerken.

Die Handwerker der Gaswerke hielten gestern in den „Anbrecherhallen“ eine gutbesuchte Versammlung ab. Rostoffe Schuler gab den Bericht über die Verhandlungen mit dem Magistrat in der Frage der Lohnforderungen. Der vom Magistrat bei den Tarifverhandlungen anerkannte allgemeine Lohnfuß von 2,60 M. für die Stunde wurde jetzt vom Magistrat als „irrtümlich zugesagt“ bezeichnet und abgelehnt. Der Magistrat wollte die Arbeiter in zwei Lohngruppen eingeteilt wissen. Im Laufe der Verhandlungen einigte man sich auf Stundenlohnfüße von 2,30 bis 2,60 M. Jetzt kommt der Magistrat und erklärt in einem Schreiben, daß sein Vertreter diesen Lohnfüßen nicht zustimmen habe, wenn das angenommen wird, so liege ein Irrtum der Verhandlungsvertreter vor. Da nach der Ansicht des Magistrats keine Einigung zu erzielen sei, hat er den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angerufen. Doch die Forderung der Gasarbeiter nicht zu ihm, bemerke die Tatsache, daß in Lichtenberg dieser Lohn schon gezahlt wird.

In der lebhaften Diskussion wurde die Ablehnung weiterer Verhandlungen durch den Magistrat als eine Provokation gekennzeichnet. Bei den immer höher werdenden Lebensmittelpreisen sei der geforderte Lohn noch sehr niedrig, darum könne von der Forderung nicht abgegangen werden. Wenn es der Magistrat nicht anders will, dann muß der Kampf aufgenommen und der Streik proklamiert werden. Die Verhandlungen haben gezeigt, daß der Magistrat nicht gewillt ist, den Forderungen der Handwerker entgegenzukommen, und er allein trage für die daraus entstehenden Folgen die Verantwortung. Dem angerufenen Schlichtungsausschuß könne kein Vertrauen entgegengebracht werden.

Die Versammlung beschloß, den Schlichtungsausschuß nicht anzuerkennen und eine Kommission zum Magistrat zu entsenden, die ihn nochmals auffordern soll, den bereits zugesagten Lohn zu zahlen.

Streik der Brunnenbauer und Helfer Groß-Berlins.

Die seit dem 5. April um die Anerkennung sehr beschiedener Forderungen sich im Streik befindlichen kamen am 17. d. M. in ihrer zweiten Streikversammlung zu dem einstimmig gefaßten Beschluß: Die Streikenden erklären solange im Streik auszuharren, bis ihre berechtigten Forderungen bei den Unternehmern Anerkennung gefunden haben. Alle Bauarbeiter werden gebeten, ebenfalls Arbeitende nach den berechtigten Forderungen zu folgen. Wer keine hat, muß als Streikbrecher angesehen werden.

Eine Generalversammlung des Bauarbeiterverbandes beschloß sich am 18. d. Mts. eingehend mit der begonnenen Lohnbewegung. Einstimmig gaben die Delegierten ihren Willens kund, alles daran zu setzen, die Bewegung zu einem für die Bauarbeiter günstigen Abschluß zu bringen. Unter anderem wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Den Vorwärts nicht mehr als Arbeiterorgan anzuerkennen und ihn als Publikationsorgan nicht mehr zu benutzen.
2. Eine Neuwahl des hiesigen Gewerkschaftsrates des Bauarbeiterverbandes vorzunehmen.
3. Den Hauptverbandsvorsitzenden des Deutschen Bauarbeiterverbandes Herrn Fritz Köpplow sowohl, wie den in der Arbeiterchaft berechtigten Herrn August Winnig wegen ihrer reaktionären, arbeitereindlichen Stellung aus dem Deutschen Bauarbeiterverbande auszuschließen.
4. Des weiteren wurde der Vorstand aufgefordert, umgehend über die Tätigkeit der Mitglieder in der Berliner Gewerkschaftskommission Bericht zu erstaten und eine Neuwahl vorzunehmen.

Diese Beschlüsse zeigen eine scharfe Verurteilung der von den Gewerkschaftsführern befolgten Politik.

Für die Sanftmütigen in der Textilbranche sind nach dem letzten schwieriger Verhandlungen zwischen den Vertretern des Transportarbeiterverbandes und der Textilgroßhandelskommission beim Arbeitgeberverband des Großhandels Lohnfüße vereinbart worden für männliche Arbeitskräfte über 20 Jahre pro Woche 75 M., in den Betrieben mit der vergrößerten Arbeitszeit von 5 Stunden und darunter 60 M. Die Nachzahlung wird gemeldet vom 1. Februar 1919. Für alle Betriebe, die bis 2 Uhr nachmittags geöffnet hatten, gilt als Basis für die Nachzahlung der Gehalt von 60 M. Bei einer Arbeitszeit über 2 Uhr kommt der Gehalt von 75 M. für die Nachzahlung in Frage.

In einer Versammlung der Branche wurde besonders darauf hingewiesen, daß nicht zuletzt die Verpflüchtung unter den Handarbeitern es verschuldet, daß den Arbeitgebern nur sehr schwer Zugeständnisse abgerungen werden konnten, der Lohn nicht die erwartete Höhe erreicht. Darum muß alles aufgegeben werden, um die noch fernstehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Diese Organisation sei einzig und allein der Deutsche Transportarbeiterverband, dem sich auch die Kollegen aus der Bekleidungs- und Lederreinigungsbranche anschließen müßten.

Die Wachangelegenheiten der Wach- und Schließgesellschaften Groß-Berlins hatten sich am Dienstag früh in einer fast besetzten Versammlung im Gewerkschaftshaus zusammengefunden. Nach einem eingehenden Referat, das Fr. o. m. l. e. vom Transportarbeiterverband über das Thema: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Groß-Berliner Wachangelegenheiten und wie sind diese einheitlich zu gestalten“ an Hand zahlreicher Materialien vortrug und in dem er nachwies, daß die Wachangelegenheiten als die am niedrigsten entlohnte Arbeiterschaft zu betrachten seien. Die Versammlung stimmte einer vom Referenten vorgeschlagenen Resolution zu, in der das Verlangen ausgedrückt wird, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Wachangelegenheiten auf einheitlicher Grundlage und nach Einheitslöhnen zu regeln. Der baldige Abschluß eines Kollektivabkommens, der alle Betriebe umschließt, sei ein Nachdruck anzulegen. In die Branchenleitung wurden gewählt: Branchenleiter Karl Eberhardt, Schönhauser Allee 180, Stellvertreter Karl Pleße und Schriftführer Max Krotke, Weißer Obelisk, Ost, Apelt, Besenow, Heimann und Jostner. Die neu gewählte Branchenleitung richtet an alle im Wach- und Schließdienst tätigen Kollegen und Kollegen das ringende Ersuchen, sie in ihrer Tätigkeit auf das nachdrücklichste zu unterstützen und sich ohne Ausnahme reiflos der Organisation anzuschließen.

Charlottenburg. Die am 14. April im Volkshaus tagende Besprechung der Delegierten zur Charlottenburger Gewerkschaftskommission wählte in den fünfstelligen Ausschuss die Genossen Giese (Maurer), Storch (Holzarbeiter), Flemming (Lackmaler), Holland und Sommer (Metallarbeiter). Als Obmann der Gewerkschaftskommission wurde Genosse Flemming, Bestalagist 18, einstimmig wiedergewählt. Zu Kommissoren bestimmte man die Genossen Grouden (Holzarbeiter) und Kruha (Porzellanarbeiter). Die Wahl von drei Vertretern in die Bibliotheksreformkommission fiel auf die Genossen Raumann (Metallarbeiter), Koch (Handlungsgeselle) und Blohmann (Drahtarbeiter). — Nach einem Vortrag des Genossen Holland über die Bedeutung des Ratesystems, das in der Diskussion mehrere warme Befürworter, aber auch einige Skeptiker fand, berichtete Genosse Flemming über die geplante Reise, wobei er den absehbenden Beschluß der Preussischen Landesversammlung in dieser Frage einer Kritik unterzog. Von mehreren Rednern wurde hervorgehoben, daß das Bestreben der Gewerkschaften dahin gehen muß, daß der Kostentendenz durch das Gesetz festgelegt und der Weg der Verordnung demieden werden muß. — Entschuldigt fehlten die Bibliotheksmitglieder.

Achtung! Arbeiter und Arbeiterinnen der Spandauer Staatsbetriebe! Die Arbeit wird überall am Dienstag früh zur gewöhnlichen Zeit wieder aufgenommen. Die gesamten Arbeiterräte der Spandauer Staatsbetriebe.

Kreisgeneralversammlung für Teltow-Beestow

Eine außerordentliche Generalversammlung des Kreises Teltow-Beestow unserer Partei nahm zu den Vorschlägen der Reorganisationskommission für Groß-Berlin Stellung. Genosse Freigang erläuterte die Vorlage und vertrat insbesondere die Selbständigkeit der einzelnen Kreise im Rahmen der Groß-Berliner Organisation. Löwenstein-Charlottenburg als erster Disziplinärredner wendete sich energisch gegen den vorliegenden Status-Entwurf, der nicht aus der Mitte der Parteigenossenschaft heraus entstanden sei und auch der notwendigen Aktivität der Massen nicht Rechnung trägt. Der Entwurf bedeute eine Erneuerung des alten starren Bureaukratie-Systems. Er schlug daher vor, in den einzelnen Ortsvereinen die Wünsche und Bedürfnisse zur Reorganisation zu erörtern und aus dieser Erörterung die geeigneten Vertrauensmänner zu wählen, die sich zu einer Kreiskommission vereinigen. In gleicher Weise sollen aus den verschiedenen Kreisorganisationen die Reorganisationskommission zur endgültigen Beratung des Organisationsstatus hervorgehen. Ferner beantragte eine in diesem Sinne gefasste Resolution. Nach kurzer Debatte wurde auf Antrag Schöneberg die Vorlage an die Ortsvereine zur nochmaligen Stellungnahme zurückgewiesen.

Auf Antrag des Kreisvorstandes wurde beschlossen, daß ein beauftragtes Mitglied des Kreisvorstandes jederzeit berechtigt sei, an örtlichen Vorstands- und Fraktionsitzungen mit Sitz und Stimme teilzunehmen. Dagegen wurde nach längerer Debatte folgender Antrag des Kreisvorstandes angenommen:

„Nach der bisherigen Taktik der Rechtsradikalen und in Erwägung, daß auch in Zukunft eine gründliche Annäherung von dieser Seite nicht zu erwarten ist, muß jede allgemeine Zusammenkunft oder Fraktionsgemeinschaft in den Gemeindeparslamenten zu vermeiden werden.“ An Stelle des Genossen Grouden wurde Genosse Lüdtke-Neumann als Revisor und Genosse Herz-Charlottenburg in das Berliner Schiedsgericht gewählt. Genosse Freigang schiederte die Notwendigkeit der Schaffung eines Kreisbüros. Genosse Peters, Alt-Mienke wies auf die Kreiswahl am 4. Mai hin. Anwesend waren 200 Delegierte, 10 Orte waren durch 100 Genossen und Genossinnen vertreten. Außerdem wohnten 9 Vorstandsmitglieder und der Abgeordnete des Kreises, Genosse Jubel, den Verhandlungen bei.

Groß-Berlin.

Die Kreiswahlwahlen.

Eine Kreisversammlung für Niederbarnim beschloß am Sonntag mit den Kreiswahlwahlen. Genosse Schindler-Pantow führte in seinem einleitenden Referat aus: Wenn man sich auch hüten müsse die Bedeutung dieser Wahlen zu überschätzen, so würde es doch gleichermäßen ein Fehler sein, wollte man ihnen keinerlei Bedeutung beimessen. Die Dinge seien allgemein noch im Fluß, zu wenig konsolidiert, als daß sich schon mit Sicherheit voraussagen lasse, ob mit den neuen Kreiswahlen mehr als ein Provisorium geschaffen werde. Die Wahlen für den Kreis Niederbarnim finden am 4. Mai statt. Da der Kreis bei der letzten Zählung 303 000 Einwohner hatte, sind 69 Abgeordnete zu wählen. Davon entfallen 45 auf die Stadt, bzw. größeren Landgemeinden mit über 6000 Einwohnern und 24 auf die kleinen Landgemeinden bzw. Gutsbezirke. Die Wahl in den erstgenannten Stimmbezirken erfolgt durch die kommunalen Körperschaften. In den Städten wählen nur die Stadtverordneten, ohne den Magistrat, in den großen Landgemeinden dagegen die gesamte Gemeindevertretung, also Gemeindeverordnete und Schöffen gemeinsam. Da vielfach die alten reaktionären Gemeindeverbände noch amlieren, stellt sich diese Bestimmung als ein schwerer Verstoß gegen den Geist der neuen Zeit dar, wie überhaupt das ganze „Reformwerk“ nichts als eine arge Stümperlei ist. In den kleinen Landgemeinden und Gutsbezirken, deren immer eine ganze Anzahl zu einem Stimmbezirk zusammengelegt sind, ist die Wahl — wie die zur Landesversammlung — allgemein. Hier werden auch die Listen vom Januar zugrunde gelegt, die jedoch nur insoweit „ergänzt“ werden, als Wohnortwechsel aus einem Stimmbezirk in einen anderen stattgefunden haben. Die Wahlvorschläge in den Städten und in den großen Landgemeinden sind erst am Wahltag während der Wahlversammlung einzurichten. Die Listen brauchen nicht nur Namen von Gemeindevorstellern zu enthalten, sondern es können aus den Einwohnern Kandidaten entnommen werden, wobei allerdings Voraussetzung ist, daß die Betroffenen seit mindestens sechs Monaten im Kreise ansässig sind. Die Wahlvorschläge müssen von einem Achteil der Wahlberechtigten unterzeichnet sein, d. h. wo 69 Stadtverordnete sind müssen 8, wo 24 Gemeindevorsteher und 6 Schöffen sind, müssen 4 Unterschriften vorhanden sein. Gleichzeitig muß jeder auf der Liste bezeichnete Kandidat sein schriftliches Einverständnis mit dem Vorschlag beifügen. Die kleinen Landgemeinden müssen

ihre Wahlvorschläge bereits bis zum 21. April beim Wahlleiter eingereicht haben. Auch da müssen Zustimmungserklärungen der Kandidaten beigelegt werden und der Wahlleiter muß von wenigstens 16 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Der Schluß seines instruktiven Vortrags sprach Genosse Schindler die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, eine sozialistische Mehrheit zu erzielen. Die Debatte bewegte sich in der Hauptsache um technische Einzelfragen.

Spiele mit Handgranaten.

Vor etwa 4 Wochen wurde der Flugplatz Döberitz von dem Freikorps besetzt. Vom Tage der Besetzung ab ist auf dem Flugplatz der alte militärische Drill wieder eingeführt. Die Wachtposten sind nicht wie früher mit Revolvern, sondern mit Karabinern und Handgranaten bewaffnet. Sogar Posten, die an den Bogereingängen stehen und lediglich Posten auf Ludwigs- und auf Ludwigs-Platz sind, sind mit Handgranaten ausgerüstet. Ein Antrag der Arbeiterpartei, den die Handgranaten abzugeben, wurde vom Kommandanten der Besatzung abgelehnt, daß die Handgranaten zur Verfügung der Angehörigen der Freikorps gehören. Am Donnerstag eignete sich folgender Vorfall: Einer der Wachtposten, der sich gerade in der Wachtstube befand, zog, da er wie gewöhnlich gerade nicht mit Handgranaten umzugehen wollte, eine Handgranate ab. In seiner Notlage wählte er sich nicht anders zu helfen, als die Tür der Wachtstube zu öffnen und die Handgranate, um sich selber zu retten, in eine Gruppe debattierender Menschen zu werfen. Die Handgranate schloß sofort zur Explosion und 4 Personen wurden leicht verletzt. Welche gibt dieser Fall Herrn Kommandanten, Arbeiter, die freudlich ihrer Arbeit nachgehen, mit Handgranaten bewachen zu lassen.

Som Kampflager in der Weinmeisterstraße. Regierungspolizei haben in der Alleen Schönhauserstraße Absperrungen vorgenommen. Die Steinstraße stehen Maschinengewerke, die Steinstraße 6-8 Automobile, auch an der Radischstraße stehen Maschinengewerke. Ansehend soll die Gegend nach den abgefuhrten werden, sowie will man prüfen, ob die Arbeiter, die dort Handel treiben, auch Unterstützung beziehen. In der Weinmeisterstraße selbst, wo der Handel sonst getrieben wird, heute ruhig. Patrouillen von Regierungspolizisten geben die auf und ab und nehmen jeden, der sich verdächtig macht, mit.

Zeugen gerufen, die gesehen haben, wie am Donnerstag den 17. morgens 9 Uhr, vor dem Warenhaus Friedrich Frankfurter Straße, die Anestellten dieses Hauses, Frankfurter Straße und Bismarck einen Streikposten überfallen und hinterläßt mit Säcken blutig schlagen. Zeugen, die nicht notiert sind, insbesondere Tel. Kröllsch und der Stellvertreter dem Bismarckbetriebe werden gebeten, ihre Adresse zu senden, den Kollegen Rudolf Bienkowski, O. 17, Straßauer Platz 17.

Aus den Organisationen.

Lichtenberg. Die machen unsere Mitglieder nochmals am ersten Osterfesttage stattfindende Osterfeier aufmerksamer, bestehend aus gemühtlichem Beisammensein und Tanz. Beginn abends. Eintritt 1 M.
Jugendbund. Am Freitag, den 23. April 1913, hält Herr verordnete H. Weiss im Jugendbund für politische Arbeiter einen Vortrag über das Thema: „Des Rätesystem“, mit anschließender freier Aussprache. Der Vortrag findet im Nationalen Arbeiterbildungsverein, Georgenkirchstraße 11, paterre, pünktig 8 1/2 Uhr statt. Eintritt ist frei.
Freie Jugend, Gruppe Prenzlauer Vorstadt. Sonnabend, 19. April, Osterwanderung nach Strausberg (3 Tage). Treffpunkt 7 Uhr Pappel-Allee, Ecke Danziger Straße, Kormaluhr. Teilnahme gesamt 3 M.
Verantwortlich für die Redaktion Alfred Bielepp, Reichsverband der Arbeiterpartei, a. G. m. b. H., Berlin. — Telefon: Lindenstraße und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm.

Die Wunder der Natur Ein populäres Prachtwerk über die Wunder des Himmels, der Erde, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Lebens in den Tiefen des Meeres

Bearbeitet von 32 der bedeutendsten Naturforscher des In- und Auslandes, darunter Wily. Bötsche, Dr. H. Hammer, Camille Flammarion, Raoul G. Francé, Prof. Dr. Ernst Haeckel, Dr. Adolf Henslow, Dr. J. Marschall, Prof. O. Reuthe, Prof. Dr. P. Schwahn usw.

3 Prachtbände in Großquart-Format zu je M. 24.20 — M. 72.60 (einschließlich Anfertigungskosten) mit 1600 Illustrationen, darunter 130 bunte Beilagen.

Ein Prachtwerk ersten Ranges in vornehmster Ausstattung mit einem geradezu verschwenderischen Bilderreichtum. Allein dieser Schmuck würde nach seinem wissenschaftlichen Urkundenwert und seinem künstlerischen Genusswert den Ankauf des verhältnismäßig erstaunlich billigen Werkes rechtfertigen. (Der Bucherwurm)

Wir liefern das ganze Werk sofort auf einmal gegen Monatszahlungen von

nur 6 M.

A. Wollbrück & Co., Berlin N., Oranienburger Straße 59

Durch den aufsteigenden Kampf und die Unruhe unserer Zeit geht eine große Sehnsucht, die sich in stillen Feierstunden aus dem lauten Getriebe herauszuretten sucht, zurück zur ewig gleichen Harmonie der Natur. In und mit der Natur zu leben, das ist heute die Sehnsucht von Millionen und mit der aufdämmernden Erkenntnis, daß nur Altmutter Natur uns wieder aus dem wilden Strudel der Zeit in eine stille Verhaltensweise hinüberleiten kann, wächst auch wieder das Interesse für ihre ewigen Wunder und Rätsel, deren Betrachtung wie nichts anderes geeignet ist, uns dem Alltag loszulösen. Mit diesen Wundern der Natur beschäftigt sich das vorliegende Werk; aus allen Reichen der Natur sind sie zusammengetragen, in fesselnder, leicht verständlicher Form geschildert und in Bildern von unübertroffener Schönheit veranschaulicht.

Aus dem Inhalt sei nur aufgeführt:

- Erscheinungen der Erdoberfläche. Eisberge — Wasser und Wind als Baumeister — Die Geister — Die Gletscher im Hochgebirge — Unterirdische Höhlen — Die Feuerberge der Erde usw.
- Erscheinungen der Atmosphäre. Jato Morgana — Die Wunder der Eishüme — Ueber Polarlichter — Ueber Wirbelstürme und Wetterfäulen — Der Regenbogen — Schneesterne — Das Gewitter usw.
- Physikalische und chemische Erscheinungen. Elektrische Entladungen — Das St. Elmsfeuer — Künstliche Pflanzen — Die Edel- und Halbedelsteine — Unsichtbare Strahlen — Wirbel und Wellen der Luft — Röntgenstrahlen — Magnetische Kräfte usw.
- Aus dem Tierreich. Nestbauende Säugetiere — Aus dem Leben eines Dunkelmannes (Maulwurf) — Ameisenstetter — Das Rammot — Archimüdigke
- Bogelwelt — Ein Vogel mit Händen — Der Urahn unserer Vögel — Der fliegende Drache — Fliegende Fische — Tiere, die kleiner werden — Leben und Lieben der Fische — Die Entdeckung eines Bienenstaates — Aus dem Leben der Amaisen — Vaternsträger im Insektenreich — Meerestiere — Seeberne — Insekten und ihre Fischgenossen — Ueber Schwämme — Korallenböden usw.
- Aus dem Pflanzenreich. Die Kaffeebohne, die größte Pflanze der Welt — Insektenfressende Pflanzen — Wie Pflanzen reifen — Die Königin der Nacht — Rosenwunder — Vom Geheimnis des fallenden Laubes usw.
- Aus dem Reich der Sterne. Die Welt des Mondes — Flammen auf der Sonne — Voten aus dem Weltraum — Die Mitternachtssonne — Die Nebel und das Werden der Welten — Das Zodiaklicht usw.

Bestellschein

Untersignierter bestellt hiermit bei (Name) A. Wollbrück & Co., Berlin N., Oranienburger Straße 59, 3 Prachtbände in Großquart-Format zu je M. 24.20 — M. 72.60 einschließlich Anfertigungskosten, mit 1600 Illustrationen, darunter 130 bunte Beilagen. Betrag in nachnehmen — mit nachsendung einbezahlt — wird mit M. 6. — monatlich gezahlt. Erfüllungsort Berlin-Mitte.

Raum, Etage, ... und Wohnung, ...

U.S.P. Lichtenberg Botenfrauen

Sonntag, den 20. April (ersten Feiertag), Gemühtliches Beisammensein mit Tanz im Café Bellevue, Hauptstraße 2. Beginn 6 Uhr. Eintritt 1 Mark.

Redakteur - Gesuch!

Zum sofortigen Antritt suchen wir einen zweiten Redakteur, nur durchaus tüchtige Kräfte. Gesuche mit Gehaltsangabe erbitten wir umgehend. Verlag des Volksboten G. m. b. H., Zelt Donaliesstraße 12/13.

Deutscher Metallarbeiter-Vorband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser, **Karl Eulitz**, Martin-Optizstraße 2, am 16. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Montag, den 21. d. M. nachm. 7 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Pauli-Kirchhofes in Weißensee, statt. Reges Betheiligung erwartet.

Nachruf! Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen, der Eisenarbeiter, **Clemens Koslowski**, Wrangelstraße 110, am 14. d. M., der Mechaniker, **Stefan Lachowski**, Mathisenstraße 19, am 13. d. M., und der Schmelzer, **Hans Weinhold**, Liebenwalder Straße 22, am 8. d. M. gestorben sind. **Ehre ihrem Andenken!** Die Ortsverwaltung.

4. Wähler, U. S. P. D.

Bizirk 371, Abteilung 21. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Barbier, **Ernst Schmidt**, am 16. 4. 19 gestorben ist. Ihre selbsten Andenken. Die Einäscherung findet am 21. 4. 19, mittags 12 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. statt. Um rege Betheiligung ersucht. Der Vorstand.

Kupferleitungsdrähte. Kabel, Litzen kauft und zahlt die höchsten Preise Bartel, Prenzlauer Str. 13 am Alexpitze, Telephon Königstadt 2018.

Möbel liefert komplett und zerlegt, billiger als sonst, 4 Uhr abends, Expedientenbüro, Turner Str.

nsere für den ... Tag ... 4 Uhr abends, Expedientenbüro, Turner Str.

Achtung! Artillerie-Werkstatt Die Arbeit beginnt Dienstag, den ... früh 7 Uhr. Der Arbeiter